

Beiträge zum Rahmenthema  
»Demokratie und Sozialismus:  
Linke Parteien in Deutschland  
und Europa seit 1860«



*Benjamin Ziemann*

## Linke Parteien in Deutschland und Europa seit 1860

### Einleitung

In der »Neuen Zeit« sah 1905 niemand anders als August Bebel Veranlassung dazu, an die Ursprünge des Namens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erinnern. Bekanntlich hatte der erste Parteitag der »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (SAP) nach der Aufhebung des »Sozialistengesetzes«, der im Oktober 1890 in Halle stattfand, die Wiedergründung der nunmehr wieder legal operierenden Partei unter dem neuen Namen »SPD« beschlossen. Bebel selbst hatte bereits 1869 in Eisenach, auf dem Gründungsparteitag der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (SDAP), gegen eine Namengebung polemisiert, welche mit der Zuspitzung auf die Arbeiter als die Kernklientel die Partei in seiner Sicht auf die Vertretung eines Klassenstandpunkts einengen würde. Nun war die Bezeichnung »sozialdemokratisch« oder »Social-Demokrat« bereits seit den 1860er Jahren in der Partei eingeführt, nicht zuletzt als Titel der gleichnamigen, seit 1865 erscheinenden Zeitung des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«. Doch erst bei der Wiedergründung der Partei 1890 war Bebels »Führungsrolle« derart unangefochten, dass er »Sozialdemokratie« auch als offizielle Selbstbezeichnung der Partei durchsetzen konnte.<sup>1</sup> Als Bebel sich 1905 an diese Episode erinnerte, tat er es in Auseinandersetzung mit einem soziologischen Beitrag zur sozialen Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903. Deren Autor, R. Blank, sah die SPD in Bebels Wahrnehmung bereits auf dem Weg zu einer »Volkspartei« und sprach deshalb auch mit Blick auf den Namen »SPD« von einem »schwimmenden« Profil der Partei.<sup>2</sup> Dem wollte und musste Bebel widersprechen – und stritt deshalb mit Leidenschaft für die Bezeichnung »Sozialdemokratie«:

»Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hatte sich allerlei »Sozialismus« hervorgebildet; man sprach in dem bürgerlichen Lager von christlichem Sozialismus, von Regierungssozialismus – unter Hinweis auf die Versicherungsgesetzgebung –, von konservativem Sozialismus usw. Demgegenüber war eine klare Unterscheidung notwendig. Sozialdemokratisch wagte sich niemand zu

1 *Detlef Lehnert*, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt am Main 1983, S. 44–80, insb. S. 58, Zitat: S. 80. Vgl. im Detail *Wolfgang Schieder*, Sozialismus, in: *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 923–996, hier: S. 977–983 (»Der politische Parteiname Sozialdemokratie«).

2 So Bebels Wiedergabe des Arguments von Blank in: *August Bebel*, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands (1905), in: *Peter Friedemann* (Hrsg.), *Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1917*, Bd. I, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1978, S. 485–500, hier: S. 493f.; vgl. *R. Blank*, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 20, 1904/05, S. 507–550. Blank selbst stellte fest, dass die SPD »keine Klassenpartei« mehr sei, sprach sonst aber nur davon, dass die Wählerschaft in ihrer sozialen Herkunft »sehr heterogener Natur« sei. Ebd., S. 507 und 539. Zur Relativierung und Einordnung von Blanks Argument vgl. *Gerhard A. Ritter*, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialhistorischer Perspektive, in: *HZ* Bd. 249, 1989, S. 295–362, hier: S. 351. Den Hinweis auf das Zitat von Bebel und viele andere Anregungen verdanke ich dem Aufsatz von *Josef Mooser*, Thesen zum sozialhistorischen Ort des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium* 12, 1985, H. 2, S. 155–160.

nennen, so wurde der Name Sozialdemokratie, der sich der Kürze halber bereits eingebürgert hatte, gewählt.«<sup>3</sup>

Diese Episode ist in verschiedener Hinsicht hilfreich, um in den Themenkreis der Beiträge dieses Bandes einzuführen, der aus Anlass des 150-jährigen Jubiläums der SPD 2013 die Geschichte linker Parteien in Deutschland und Europa thematisiert. Zunächst weist sie darauf hin, dass das Jubiläum des Jahres 2013 letztlich eine willkürliche Setzung ist. So lässt sich die Gründung der SDAP als »Arbeiterpartei« unter maßgeblicher Mitwirkung gewerkschaftlicher Organisationen zu Recht als die eigentliche »Geburt der klassischen Sozialdemokratie« verstehen.<sup>4</sup> Zweitens verweist die Intervention von Bebel auf das zentrale und zugleich spannungsreiche Verhältnis, in dem das doppelte Ziel von Sozialismus und Demokratie stand und steht. Eines der Kernziele der SPD ist die Vergrößerung der Partizipationschancen breiter Bevölkerungskreise. Damit steht sie zugleich in einer wesentlich früher als 1863 oder 1869 beginnenden Kontinuitätslinie zu den radikal-demokratischen Bewegungen und frühsozialistischen Bündeln der Handwerksgelesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Drittens erinnert der Anlass von Bebels Polemik, eine Erörterung der soziologischen Grundlagen der sozialdemokratischen Wählerschaft, an das komplexe Verhältnis von Klassenpartei, demokratischer Volksbewegung und einer die sozialen Klassen und Milieus übergreifenden Volkspartei in der Geschichte der Sozialdemokratie. Denn in ihrer Gründungsphase in den 1860er Jahren war diese alles andere als eine reine Klassenbewegung der Arbeiter. Selbstständige Handwerksmeister, Bewegungsinтеллектуelle und Bildungsbürger prägten ihr Profil in erheblichem Maße, und in ihrer Verfolgung von Partizipationschancen – sowohl in der politischen Arena als auch in der Versammlungsdemokratie der Bewegung selbst – trug die Sozialdemokratie die Züge eines »politisch autonomen« kollektiven Akteurs.<sup>5</sup> Und nach der Jahrhundertwende, als sich das sozialdemokratische Klassenmilieu der Arbeiter in seiner Breite und Tiefe ausgebildet hatte, trat in der Wählerschaft der SPD bereits ein die Klassenlage übergreifendes Moment hervor, das in der Verfolgung der Interessen städtischer Konsumenten lag, die gegen steigende Fleischpreise protestierten und sich damit gegenüber den konservativen Agrariern positionierten. Damit wurde die SPD gewiss noch nicht zu einer Konsumentenpartei. Aber es zeigte sich, dass die Wählerschaft der SPD zumindest an ihren Rändern deutlich über eine Fundierung durch die Klassenlage als Arbeiter hinauswies und sie sich zunehmend als eine »Interessenvertretung der Konsumenten« profilierte.<sup>6</sup> Strittig war im Kontext dieser Debatten nach 1900 nicht nur, ob man einen eng oder eher weit gefassten Begriff des »Proletariats« verwenden sollte und ob die soziale Basis sich tatsächlich verbreiterte. Zur Debatte stand auch, ob die Sozialdemokratie zur »Volkspartei« im Sinne einer »Koalition der demokratischen Volkselemente« werden und damit ihre soziale Basis fundamental verbreitern solle.<sup>7</sup> In Reaktion auf Blanks Aufsatz bejahte Eduard Bernstein diese Frage mit Nachdruck. In der politischen Praxis der SPD fand sie dagegen bis in die 1950er Jahre keine eindeutige Antwort.

Und noch eine vierte, methodische Implikation von Bebels Intervention aus dem Jahr 1905 sei kurz angesprochen. Sie bezieht sich auf die Tatsache, dass einer der führenden Sozialdemokraten des Kaiserreichs selbst sehr genau um die politische Diskurse struktu-

3 *Bebel*, Die soziale Zusammensetzung, S. 494.

4 So Shlomo Na'aman 1975, zit. bei: *Lehnert*, Sozialdemokratie, S. 58.

5 Vgl. den Beitrag von Jürgen Schmidt in diesem Band.

6 So das Argument von *Christoph Nonn*, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996, Zitat: S. 314.

7 *Eduard Bernstein*, Wird die Sozialdemokratie Volkspartei?, in: Sozialistische Monatshefte 11, 1905, S. 663–671, hier: S. 670.

rierende Kraft wusste, welche in der Benennung der Partei lag. Methodisch gewendet heißt dies, von einer rein auf sozioökonomische Kontexte und Erklärungsfaktoren abstellenden Geschichte linker Parteien abzugehen. Stattdessen gilt es, die Analyse im Sinne des ›linguistic turn‹ um die Einbeziehung der historischen Semantik politischer Interventionen und der sie steuernden Diskurse zu erweitern. Die semantische und rhetorische Verwendung von Begriffen und Sprechakten hat, so die Einsicht dieses Ansatzes, für die Formierung von (partei-)politischen Identitäten und Strategien eine grundlegende Bedeutung. Potenzielle Mitglieder und Wähler einer Partei sind nicht unmittelbar durch sozioökonomische Bedingungen determiniert. Sie lassen sich vielmehr, in Wahlkämpfen wie in der täglichen Kleinarbeit der Partei, durch semantische Strategien als politische Subjekte anrufen und artikulieren.<sup>8</sup> In dieser Perspektive wird nicht zuletzt deutlich, in welchem Maße das Adjektiv »sozialdemokratisch« als programmatischer Kernbegriff sozialistischer Parteien in Deutschland und anderen Ländern Westeuropas nachhaltigen Bedeutungsverschiebungen und gezielten Versuchen der Aktualisierung und Neuinterpretation unterlag.<sup>9</sup>

Es ist gewiss möglich, etwa auf der Grundlage des Erfurter Programms von 1891, eine Art sozialdemokratisches Minimum zu formulieren, also eine Reihe von Forderungen, die der Politik aller sozialdemokratischen Parteien Westeuropas im 20. Jahrhundert in der einen oder anderen Form zugrunde lagen. Dazu gehört die »Demokratisierung der Gesellschaft«, der Aufbau eines »Wohlfahrtsstaats« und die »Regulierung des Arbeitsmarkts«. Unklar bleibt in dieser Perspektive nur, welche Beziehungen zwischen diesen praktischen Forderungen, die sich durchaus im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchsetzen lassen, und der im ersten Teil des Erfurter Programms skizzierten Perspektive der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln bestanden.<sup>10</sup> Daraus ergibt sich die Frage, warum und zu welchem Zeitpunkt sich verschiedene sozialdemokratische Parteien von dem Ziel einer fundamentalen Überwindung der kapitalistischen Eigentumsordnung lösten.<sup>11</sup>

Allerdings scheint es insgesamt ergiebiger, anstelle von programmatischen Erklärungen die Situierung sozialdemokratischer Parteien in spezifischen, historisch wechselnden sozialen und historischen Kontexten zu untersuchen und damit Rahmenbedingungen ihrer politischen Praxis zu erhellen. Auf diese Weise geraten eine Reihe von fundamentalen Zusammenhängen und Fragen in den Blick, welche die Geschichte sozialdemokratischer Parteien in verschiedenen Konstellationen bestimmt haben. Wie gelang es Sozialdemokraten, sich vor dem Hintergrund der Herausbildung eines »politischen Massenmarktes« (Hans Rosenberg) in Deutschland seit den 1890er Jahren als Mitglieder- und Wählerpartei zu verankern?<sup>12</sup> Welche Verlaufsformen zeigt die Entwicklung sozialdemokratischer Parteien in Ländern, in denen die frühe Einführung eines allgemeinen Männer-

8 Bahnbrechend für die Berücksichtigung des ›linguistic turn‹ in der politischen Geschichte seit dem späten 19. Jahrhundert war *Shulamit Volkov*, *Antisemitism as a Cultural Code. Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany*, in: *Yearbook of the Leo Baeck Institute* 23, 1978, S. 25–45; vgl. die methodisch weiterführenden Beiträge in *Philipp Sarasin*, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt am Main 2003. Zur Umsetzung der Frage nach der Artikulation von Zielgruppen in Wahlkämpfen vgl. für die Zeit nach 1945 methodisch wegweisend *Thomas Mergel*, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010.

9 Vgl. den Beitrag von Joris Gijsenbergh in diesem Band.

10 Vgl. *Donald Sassoon*, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1997, S. 24.

11 Vgl. den Beitrag von Stefan Berger in diesem Band.

12 Zum politischen Massenmarkt als Kontext der Parteiengeschichte vor 1914 vgl. *Benjamin Ziemann/Thomas Mergel*, Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), *European Political History 1870–1913*, Aldershot 2007, S. xi–xxvi, insb. S. xiii–xvi.

wahlrechts als Voraussetzung für die Etablierung eines solchen Massenmarkts fehlte, und welche Verbindung nahmen die Ziele der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratisierung hier ein? In welcher Form aktualisierten sozialdemokratische Parteien das Ziel der Demokratisierung, als nach 1918 die Einführung des Frauenwahlrechts und eine umfassende Parlamentarisierung der politischen Systeme in vielen Ländern Westeuropas durchgesetzt waren? Wichtig ist schließlich auch die Frage nach dem Verhältnis von politischer Partei und dem sie tragenden soziokulturellen Milieu. In welchem Ausmaß basierte die Organisationsleistung der Partei auf der Vergesellschaftung von Arbeitern im Vereinsmilieu der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, und welche Spannungen bestanden zwischen Milieu und Partei? Wann und in welcher Form versuchten sozialdemokratische Parteien, über das proletarische Milieu als Kern der Anhänger- und Wählerschaft hinaus andere soziale Gruppen anzusprechen und zu aktivieren?<sup>13</sup>

Seit 1917 stand die Politik der Sozialdemokratie in Europa dann unter dem grundlegenden Vorzeichen der spannungsvollen Abgrenzung von den Kommunisten, die in Russland mit der Oktoberrevolution die Macht errungen hatten und damit eine radikale Alternative zur sozialdemokratischen Strategie gradueller Reform durchsetzten und verkörperten. Damit war eine neue politische Konstellation entstanden, welche die Geschichte sozialdemokratischer Parteien bis zum Ende des Kalten Kriegs 1989/90 bestimmte. In welchem Ausmaß und in welcher Form setzten sich Sozialdemokraten mit der Herausforderung auseinander, die das von den Bolschewiki aktualisierte Konzept der Diktatur des Proletariats hatte? Welche Bedeutung hatte das schillernde Adjektiv »links« noch angesichts der Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten? Warum gelang es in Deutschland nicht, eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die gewaltsame Politik der Nationalsozialisten zu schmieden? Und schließlich, für die Zeit der Blockkonfrontation nach 1945 formuliert: In welchen Formen und Konstellationen versuchten sozialistische Politiker, inner- und außerhalb bestehender sozialdemokratischer Parteien auf die diskursiven Grenzziehungen zu reagieren, welche die Verpflichtung auf den Antikommunismus für sozialdemokratische Parteien im Kalten Krieg mit sich brachte?

In der Beantwortung dieser Fragen richtet sich der Blick zunächst auf den Aufstieg der SPD zur Massenpartei in den Jahrzehnten vor 1914. Seit ihren organisatorischen Anfängen in den 1860er Jahren war die Sozialdemokratie nicht nur eine Klassenbewegung, sondern auch ein Projekt zur Ausformung einer kohärenten Gruppe von selbstbewusst agierenden Staatsbürgern, die um ihre politischen Rechte kämpften und sich dabei gegen die Ausgrenzung und paternalistische Bevormundung wandten, die sie von Liberalen und Konservativen erfahren hatten. Die Emanzipation der Arbeiter in der Sozialdemokratie fand in einer Spannung zwischen Selbstdisziplinierung und Selbstbewusstsein statt. Die aktive Tätigkeit in der Partei setzte die Bereitschaft zur Einübung und Wahrnehmung von Verhaltensformen wie der freien Rede oder Versammlungsdemokratie voraus, vermittelte aber zugleich den Zwang dazu, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wie der eigenen Parteiführung Disziplin zu üben. Das Wachstum der Sozialdemokratie als politischer Partei war dabei nicht einfach ein Reflex der sozioökonomischen Entwicklung des Kaiserreichs, wie nicht zuletzt der Vergleich mit den Freien Gewerkschaften zeigt, deren Organisationserfolge die der Partei ab den 1890er Jahren weit übertrafen. Partei und Gewerkschaften waren neben Konflikten über die Strategie auch funktional aufeinander verwiesen. Das Wachstum sozialdemokratischer Vereine, die sich im Vorfeld der Parteiarbeit diversen Freizeitaktivitäten widmeten und so Rekrutierungsinteressen mit Erlebnisangeboten verbanden, konnte auf einem geteilten Wertehorizont aufbauen. Ein auch nur annähernd geschlossenes Vereinsmilieu, das auch nur eine Mehrzahl der

13 Zur Ebene der Programmatik grundlegend *Heinrich August Winkler*, Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur sozialdemokratischen Programmdebatte 1920–1925, in: GG 8, 1982, S. 9–54.

gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfasste, entwickelte sich daraus jedoch vor 1914 nicht.<sup>14</sup>

Die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrechts im Norddeutschen Bund 1867 war eine wichtige Kontextbedingung für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie insofern, als sie eine Voraussetzung für die erfolgreiche Wahl-agitation schuf und eine schrittweise Ausschöpfung des Stimmenpotenzials ermöglichte, die auch in den Jahren des ›Sozialistengesetzes‹ nicht grundlegend behindert wurde. Für sozialdemokratische Arbeiter erfolgte die Wahrnehmung des Reichstagswahlrechts selbst nach der Einführung von separaten Wahlkabinen und einheitlichen, neutralen Stimmzetteln 1903 unter dem sozialen Druck, den viele Arbeitgeber im antisozialistischen Sinne auszuüben imstande waren. Dennoch war die Ausübung des Wahlrechts für den Reichstag eine fundamentale Schule der Demokratisierung, die zur Auflösung von autoritätsgläubigen Einstellungen führte und das Selbstbewusstsein der Sozialdemokraten stärkte.<sup>15</sup> Das Wahlrecht war eine fundamentale Voraussetzung für die erfolgreich sozialdemokratische Agitation im Kaiserreich. Im 1848 geschaffenen Bundesstaat der Schweiz behinderte es allerdings den Erfolg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung für lange Zeit, da es hier als Mehrheitswahlrecht eingeführt wurde. Dies zwang die verschiedenen Arbeitervereine und -parteien, die sich ab den 1880er Jahren stabilisierten, dazu, Kandidaten für die Nationalratswahlen mit Blick auf ihre Akzeptanz für linksliberale Bündnispartner auszusuchen. Die Etablierung einer schlagkräftigen Massenpartei war unter solchen Bedingungen nicht möglich. Deshalb rückte seit der Jahrhundertwende der Kampf für ein Verhältniswahlrecht in das Zentrum der sozialdemokratischen Agitation, erst auf Kantons- und dann auf der Bundesebene. Die Einführung des Verhältniswahlrechts 1919 erlaubte es der »Sozialdemokratischen Partei der Schweiz« (SPS) schließlich, in den folgenden Jahrzehnten ihr Wählerpotenzial von einem Fünftel bis zu einem Drittel der Wahlberechtigten auszuschöpfen.<sup>16</sup>

Wahlrechtsreformen waren ein wichtiger Faktor auch für die politische Strategie der niederländischen SDAP. In den Niederlanden wurden erstmals 1918 Wahlen auf der Basis eines universellen Männerwahlrechts durchgeführt. Dies und die Einführung des Frauenwahlrechts im folgenden Jahr führten zu einer Intensivierung der Versuche in der SDAP, in Wahlkämpfen über eine auf die Arbeiterklasse beschränkte Rhetorik hinauszugehen und breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen. Für den Appell an Frauen standen dabei im Gefolge des Ersten Weltkriegs Fragen der Abrüstung und Kriegsgefahr im Vordergrund, die sich als nicht auf den materiellen Lebensstandard begrenzte Themen klassenübergreifend zuspitzen ließen. Zur Gewinnung anderer sozialer Schichten als der Arbeiterschaft setzte die SDAP vor allem in den 1930er Jahren auf einen Diskurs, der das Volk oder sogar die inklusiv und egalitär verstandene »volksgemeinschaft« (Volksgemeinschaft) zentral stellte. Eine andere Strategie lag in der semantischen Akzentuierung des demokratischen Sozialismus, mit dem sich die SDAP als Vorkämpferin gleicher demokratischer Rechte für alle Gruppen der Bevölkerung in Szene setzte. Die Wahlrechtserweiterungen nach 1918 waren ein wichtiger Katalysator für diese semantischen Strategien der SDAP,

14 Vgl. den Beitrag von Jürgen Schmidt in diesem Band.

15 Margaret L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton, NJ 2000, insb. S. 199–238. Die Einwände bei James Retallack, »Get out the Voter«. Elections without Democracy in Imperial Germany, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 51, 2012, S. 23–38, beziehen sich vor allem auf die restriktive Praxis bei der Wahl zu einigen Landtagen und treffen nicht den Kern von Andersons Argument. Ritter, *Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich*, S. 300 und 360, behandelt die Bedeutung des Wahlrechts nur beiläufig.

16 Vgl. den Beitrag von Bernard Degen in diesem Band.



auch wenn sie bereits vor 1914 damit begonnen hatte, beispielsweise christlich-religiöse Wähler als Zielgruppe anzusprechen.<sup>17</sup>

Eine voranschreitende Industrialisierung war somit nur eine wichtige Kontextbedingung für das Wachstum und die politische Strategie sozialdemokratischer Parteien, dem Wahlrecht kam auch entscheidende Bedeutung zu. Eine dritte wichtige Frage war die Politik gegenüber den bäuerlichen und kleinbäuerlichen Schichten. In der SPD hatte sich 1895 nach manchen Konflikten die von Karl Kautsky vertretene Orthodoxie durchgesetzt, der zufolge der kleinbäuerliche Familienbetrieb zum Untergang verurteilt sei, womit sich eine Agitation unter ländlichen Wählern als nutzlos erweise. Die russische »Partei der Sozialrevolutionäre« (SR) hatte die nicht eins zu eins in die Praxis übersetzten Diskussionen in der SPD aufmerksam verfolgt. In einer Gesellschaft, die wirtschaftlich zu 75 % auf agrarischer Produktion basierte und in der das traditionelle Gemeineigentum der Dorfgemeinde erst in Ansätzen aufgelöst war, setzten die Sozialrevolutionäre auf eine Mobilisierung der kleinbäuerlichen Besitzer und plädierten für eine Erhaltung des vorkapitalistischen Gemeineigentums. Diese Position geriet allerdings nach den von Ministerpräsident Pëtr Arkad'evič Stolypin seit 1906 durchgeführten Agrarreformen in die Kritik. Ihr romantischer Antikapitalismus unterschied die Sozialrevolutionäre sowohl von der gespaltenen russischen Sozialdemokratie als auch von der SPD. Er war aber eine grundlegende Voraussetzung ihres Erfolgs bis hin zu den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung im November 1917.<sup>18</sup>

Es wäre deshalb verfehlt, das nicht nur in der kommunistischen Historiografie tradierte Verdikt einer historischen »Rückständigkeit« der SR unkritisch zu übernehmen. Das Gleiche gilt für die Bauernparteien, die sich in den agrarisch geprägten Ländern Südosteuropas seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bildeten und die in unterschiedlicher Weise zu Schrittmachern der Demokratisierung avancierten, indem sie bäuerliche Bevölkerungsgruppen mobilisierten und in das politische System integrierten. Der populistische Antikapitalismus der Sozialrevolutionäre diente dabei vielfach als ideologisches Vorbild, so etwa bei der 1901 in Bulgarien gegründeten »Bauernvolksunion«. Auch hier erweist sich im Übrigen das Wahlrecht als wichtige Kontextbedingung, da die Gründung der Partei vor dem Hintergrund des in Bulgarien seit der Nationalstaatsgründung 1879 weitgehend inklusiven Wahlrechts erfolgte. Auch bei der historischen Einordnung der Bauernparteien gilt es, von einem sozioökonomischen Determinismus Abschied zu nehmen. Gewiss, Gramina über die problematische Lage bäuerlicher Kleinbetriebe waren eine notwendige Voraussetzung für die Formierung eines Protestpotenzials, das sich in der Gründung dieser Parteien niederschlug. Aber die weiteren Erfolgchancen populistischer Bauernparteien in der krisenhaften politischen Situation nach 1918 hingen vornehmlich von kontingenten Umständen ab, die durch die Situation des jeweiligen Landes in der Nachkriegsordnung gegeben waren. Eine tief greifende Diskreditierung der nationalen Eliten durch die militärische Niederlage wie in Bulgarien ließ die Erfolgchancen der Agrarpopulisten wachsen, während die siegreiche Beendigung des Kriegs wie in Rumänien die Eliten stabilisierte.<sup>19</sup>

Der Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 markierte eine entscheidende Zäsur in der Geschichte linker Parteien in Europa. Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August stand die SPD im Einklang mit allen sozialistischen Parteien Europas, die – mit Ausnahme der Bolschewiki und der serbischen Sozialisten – eine Politik der nationalen Integration und der Unterstützung der Kriegspolitik ihrer Regierung einschlugen. Für den Schwenk der SPD-Spitze zur Politik des »Burgfriedens« war dabei weder der angebliche

17 Vgl. den Beitrag von Harm Kaal in diesem Band.

18 Vgl. den Beitrag von Lutz Häfner in diesem Band.

19 Vgl. den Beitrag von Wim van Meurs in diesem Band.



Druck der kriegsbegeisterten Arbeitermassen leitend noch die Auffassung, das Deutsche Reich führe einen Verteidigungskrieg. Die Politik des August 1914 basierte vielmehr auf der ganz bewusst getroffenen Entscheidung, die bisherige Isolation der sozialistischen Arbeiterbewegung aufzubrechen und das Angebot der wilhelminischen Eliten zur politischen Integration in einen nationalen Konsens anzunehmen. Dass die Repressions- und Ausgrenzungsmaßnahmen gegen Sozialdemokraten im Militär und der Pressepolitik ungeachtet des ›Burgfriedens‹ nur leicht gemindert weiter andauerten, vermochte diese Position nicht zu erschüttern, verstärkte aber den Ablösungsprozess der linken Parteiminderheit.<sup>20</sup>

Mit der 1917 dann offiziell vollzogenen Spaltung der SPD und der revolutionären Machtergreifung der Bolschewiki im selben Jahr sah sich die Sozialdemokratie in einen fundamental neuen Wirkungszusammenhang hineingestellt. Sie vertrat nun ganz gezielt eine reformorientierte Politik der kleinen Schritte, die das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung immer mehr in die Ferne rücken ließ, und setzte dabei auf eine volle Parlamentarisierung des politischen Systems und die Einhaltung parlamentarischer Spielregeln. Das war eine fundamentale Weichenstellung, die den politischen Kurs der Mehrheitssozialdemokratie bis 1933 prägen sollte. Im Kontext der revolutionären Umbruchphase der Jahre 1918 bis 1920 war der Erfolg dieser Strategie, die auf geregelte Formen der politischen Partizipation setzte, jedoch alles andere als eindeutig. Denn aus Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung der SPD für eine weitreichende Sozialisierung von Schlüsselindustrien und über die harte Hand der MSPD-geführten Revolutionsregierung in der Niederschlagung kommunistischer Aufstandsversuche fand die Vorstellung einer »Diktatur des Proletariats« zunehmende Resonanz in der Sozialdemokratie. Die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie war nicht so klar erkennbar, wie dies im Rückblick oft erscheint. Dies galt in erster Linie für Mitglieder und Führung der USPD, wie sich auf deren Parteitag Ende 1919 in aller Deutlichkeit zeigte. Die im Kern durchaus diffuse Vorstellung einer Konsolidierung der Revolution durch eine proletarische Diktatur hatte aber auch bei Mitgliedern der MSPD und unter der Arbeiterschaft in den wichtigsten Industriezentren des Reichs erhebliche Zugkraft, wie nicht zuletzt die Ergebnisse der Reichstagswahl vom Juni 1920 zeigten.<sup>21</sup> Mit der wachsenden Radikalisierung einer proletarischen Massenbewegung in der zweiten Revolutionsphase bis 1920 wurde die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung damit weiter verfestigt, mit Blick auf das handlungsleitende Modell politischer Ordnung ebenso wie durch die zunehmende Verhärtung von Feindmarkierungen in innersozialistischen Abgrenzungskämpfen.

Die semantische Ausformung und Abgrenzung des Begriffs der »sozialen Demokratie« nach 1918 erfolgte nicht nur in Deutschland vor dem Hintergrund von Forderungen nach einer Diktatur des Proletariats. Auch in der niederländischen SDAP gab es in den 1920er Jahren eine Fülle konkurrierender Demokratiekonzepte, die semantisch zwischen der Vorstellung einer Souveränität ausübenden »Volksmacht« und einem auf bloße Partizipation im Rahmen von institutionellen Regeln beschränkten »Einfluss des Volkes« changierten. Hinzu kamen verschiedene Akzentuierungen der Felder, die demokratisch zu regulieren seien, von der Sphäre der Politik im engeren Sinne des parlamentarischen Betriebs bis hin zur Ökonomie. Im Zuge des Vordringens autoritärer und faschistischer Strömungen in Europa akzentuierten die niederländischen Sozialdemokraten seit dem Ende der 1920er Jahre zudem die ethisch-moralische Dimension der Demokratie im Sinne eines generellen Respekts vor der Freiheit und Gleichheit von Individuen. Dies war eine im Kern inklusive Semantik der Demokratie, in der das politische Ziel des Sozialismus weit in den

20 Vgl. grundlegend *Wolfgang Kruse*, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

21 Vgl. den Beitrag von Mike Schmeitzner in diesem Band.

Hintergrund trat. Sie ließ sich jedoch auch im Sinne einer auf die Exklusion von Gegnern der Demokratie zielenden Strategie wenden, wenn deren autoritäre Disposition die Demokratie als Höchstwert gefährdete. Nicht nur in der niederländischen Sozialdemokratie war dafür in den frühen 1930er Jahren der Begriff der »disziplinierten Demokratie« gebräuchlich.<sup>22</sup> Insgesamt zeigen diese semantischen Umdeutungen und Aktualisierungen des Begriffs der »sozialen Demokratie«, dass dessen inhaltliche Ausformung stets im Spannungsfeld spezifischer Konfliktkonstellationen erfolgte und von diesen in hohem Maße abhängig war.

Die soziokulturelle Einbettung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in ein sozialmoralisches Milieu von Freizeitvereinen und anderen Vorfeldorganisationen war in den 1920er Jahren besonderen Belastungen und Spannungen ausgesetzt. Das Beispiel der »Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (DSAP) in der Tschechoslowakischen Republik nach 1918 ist hier aufschlussreich. Seit ihrer Gründung 1919 vertrat die DSAP die deutschsprachigen Industriearbeiter in Böhmen. Nachdem der Friedensvertrag von St. Germain die Perspektive auf einen Anschluss an Deutschland verbaut hatte, stellte sich die DSAP in Loyalität zum neu gegründeten Staat der ČSR und war von 1929 bis 1938 auch an der Regierung beteiligt.<sup>23</sup> Als Arbeiterpartei einer nationalen Minderheit leistete die DSAP auch einen Beitrag zum Antifaschismus, indem sie ihre Mitglieder gegen die Bestrebungen der Sudetendeutschen Partei mobilisierte. Diese Mobilisierungsleistung ist nicht erklärbar ohne die Vergesellschaftung der sozialistischen Arbeiter in dem der DSAP vorgelagerten sozialdemokratischen Vereinsmilieu. In den 1920er Jahren stieß dieses Milieu jedoch zugleich an Grenzen seiner Integrationskraft.<sup>24</sup> Dies zeigte sich zum einen an der Schwierigkeit der Einbindung und Aktivierung von Frauen in den Vereinen. Hier dominierte immer noch ein männliches Rollenverständnis, das weibliche Mitglieder der Sozialdemokratie primär als potenzielle Konkurrentinnen für Arbeitsplätze wahrnahm und ihren Platz im Vereinsmilieu in erster Linie auf unpolitische Aktivitäten beschränken wollte.<sup>25</sup> Ambivalenzen zeigten sich zum anderen bei der Akzeptanz für neue Sportarten in der Bewegung der Arbeitersportler. Im Unterschied zu den tschechischen Arbeitersportlern nahm der deutsch-böhmische ATUS überhaupt Fußballmannschaften in seine Reihen auf, zumal der Sport gerade bei Arbeiterjugendlichen populär war. Doch das im Fußball verbreitete Wettbewerbsprinzip, das der Codierung auf die Differenz von Sieg und Niederlage folgte, war unter den Arbeitersportlern verpönt, für die Sport in erster Linie ein Mittel der sozialistischen Gemeinschaftsbildung durch körperliche Ertüchtigung war.<sup>26</sup>

Solche Spannungen zwischen Politisierung und Entpolitisierung sowie zwischen funktionaler Differenzierung und Gemeinschaftsbildung gab es auch im sozialdemokratischen Vereinsmilieu der Weimarer Republik. Sie gewinnen hier ihre besondere Relevanz vor dem Hintergrund der Frage, warum die Arbeiterbewegung dem Angriff der Nationalsozialisten auf das republikanische System keine entschiedeneren und womöglich erfolgreiche Gegenwehr entgegenzusetzen vermochte. Fragen nach der Stärke, dem inneren Zusammenhalt und der kollektiven Handlungsfähigkeit des sozialdemokratischen Arbeitermilieus in

22 Vgl. den Beitrag von Joris Gijsenbergh in diesem Band.

23 Vgl. knapp *Martin K. Bachstein*, Die Sozialdemokratie in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1938, in: *Karl Bosl* (Hrsg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München 1979, S. 79–100, hier: S. 96–98; vgl. allgemein *Martin Schulze Wessel* (Hrsg.), Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938. Politische, nationale und kulturelle Zugehörigkeiten, München 2004.

24 Vgl. den Beitrag von Thomas Oellermann in diesem Band.

25 Zur Perzeption von entsprechenden Defiziten in der »Eisernen Front« in der SPD vgl. die Dokumentation von Christoph Stamm in diesem Band, dort insbesondere Dokument 1.

26 Vgl. den Beitrag von Thomas Oellermann in diesem Band.

Weimar sind damit unmittelbar mit der Erörterung der Ursachen der NS-Machtergreifung im Jahr 1933 verknüpft.<sup>27</sup> Auf der einen Seite lässt sich dabei auf die Tatsache verweisen, dass viele der sozialdemokratischen Milieuorganisationen in den Jahren von 1918 bis 1933 den Höhepunkt ihrer quantitativen Verbreitung erreichten.<sup>28</sup>

Lenkt man das Augenmerk dagegen auf eine mikrohistorische Analyse der Handlungsformen im proletarischen Milieu, so erweist sich selbst für eine Hochburg der Linken wie Leipzig, dass die organisatorische Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung seit 1917 auch auf der Ebene der lokalen Vergesellschaftung ein hohes Konfliktpotenzial und eine Erosion des Milieus nach sich gezogen hatte. Ein zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten strittiger Punkt waren dabei nicht zuletzt Formen und Grenzen politischer Partizipation. Die Sozialdemokratie betonte die Grenzen des Politischen, das sie neben dem parlamentarischen Betrieb vor allem in zentral gelenkten Versammlungen und Demonstrationen lokalisierte. In den parteiinternen Debatten des Krisenjahres 1932 forderten deshalb manche Mitglieder der erweiterten Parteispitze mit einer symptomatischen militärischen Metapher die Schaffung eines »Generalstabs« beim Parteivorstand. Dieser sollte konkrete politische Arbeitsgebiete zentral bezeichnen und umsetzen.<sup>29</sup> Für die Kommunisten gab es dagegen praktisch keinen Ort, an dem Parteimitglieder nicht für die Ziele der KPD agitieren sollten. Zusammen mit der Gewaltpraxis der Kommunisten war dies ein wichtiger Grund dafür, dass auf der lokalen Ebene ein tief greifendes Misstrauen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestand.<sup>30</sup>

Diese analytische Perspektive erweitert die klassische Frage nach den zunehmend eingeschränkten Handlungsspielräumen der Sozialdemokratie in der Krisenphase der Weimarer Republik in fruchtbarer Weise.<sup>31</sup> Denn sie verweist darauf, dass diese Handlungsspielräume nicht einfach objektiv gegeben waren, sondern dass ihrer Eingrenzung spezifische Vorstellungen darüber vorauslagen, welches die für Sozialdemokraten angemessenen Handlungsformen waren. Zugleich wird in vergleichender Perspektive mit der französischen Linken in der Zeit der Volksfront ab 1936 eine weitere Implikation eines Ansatzes deutlich, der die soziale Praxis von Arbeitern auf der Mikroebene der lokalen Vergesellschaftung untersucht. Dieser Vergleich erhellt, dass die organisatorische Hochrüstung des Vereinsmilieus in der Weimarer Republik eher eine Schwäche als eine Stärke der Sozialdemokratie und damit – überspitzt formuliert – zugleich eine der Bedingungen für das Scheitern der Arbeiterbewegung war. Dies galt insofern, als sie die Reibungsflächen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Alltag vervielfachte und auch damit eine politische Aktionseinheit wie in Frankreich unmöglich machte.<sup>32</sup>

Die Frage einer möglichen Aktionseinheit mit den Kommunisten blieb nach 1933 eines der wichtigsten Probleme der sozialdemokratischen Parteien in Europa und trug maßgeblich zur tief greifenden Krise dieser Parteien bei, die sich nicht zuletzt in der inneren

27 Zur Historiografie vgl. *Benjamin Ziemann*, Weimar Was Weimar. Politics, Culture and the Emplotment of the German Republic, in: *German History* 28, 2010, S. 542–571; *ders./Claus-Christian W. Szejnmann*, »Machtergreifung«. The Nazi Seizure of Power in 1933, in: *Politics, Religion & Ideology* 14, 2013, S. 321–337.

28 *Peter Lösche/Franz Walter*, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: *GG* 15, 1989, S. 511–536, insb. S. 513f.

29 Vgl. die Dokumentation von Christoph Stamm in diesem Band.

30 Vgl. den Beitrag von Joachim C. Häberlen in diesem Band.

31 Vgl. dazu *Eberhard Kolb*, Rettung der Republik. Die Politik der SPD in den Jahren 1930 bis 1933, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 85–104.

32 Vgl. dazu *Joachim C. Häberlen*, Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929–1933/38, Göttingen 2013.

Blockade der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in den 1930er Jahren zeigte.<sup>33</sup> Zerschlagung und Verbot der SPD 1933 hatten somit Auswirkungen weit über Deutschland hinaus. Der Wiederaufbau sozialdemokratischer Parteien in Deutschland und Westeuropa nach 1945 erfolgte im beginnenden Kalten Krieg dann wiederum unter dem Vorzeichen der Abgrenzung vom Kommunismus. Die Notwendigkeit einer Abgrenzung von der DDR und ihrer Staatspartei, der SED, war eine besondere Notwendigkeit für alle jene Gruppen, die sich nach 1945 am linken Rand der SPD als parteiinterne Opposition betätigten. Diese lose um persönliche Netzwerke und einige Zeitschriften gruppierten Zirkel standen in den 1950er Jahren ohnehin vor einer schwierigen Situation, da eine parteiinterne Streitkultur, wie sie sich dann seit den 1960er Jahren entfaltete, vor 1960 noch nicht existierte.<sup>34</sup> Die Zirkel und Netzwerke am linken Rand der SPD verstanden sich deshalb auch als Vorkämpfer einer offeneren demokratischen Debatte in der Partei. Explizite Distanzierung gegenüber kommunistischen oder von der DDR lancierten Initiativen war eine Notwendigkeit für alle Parteilinken, die langwierige Konflikte oder gar eine Abmahnung durch den Parteivorstand vermeiden wollten. Dies galt gerade für das besonders problematische Feld der Deutschland- und Außenpolitik. Einzelne SPD-Linke achteten aber gerade aus eigener leidvoller Erfahrung in der kommunistischen Bewegung vor 1945 auf eine Abgrenzung.<sup>35</sup>

Viele Personen der lose miteinander vernetzten SPD-Linken waren Akademiker, die sich aus der Perspektive eines undogmatischen Marxismus mit verschiedenen Aspekten der sozialen und politischen Realität in der Bundesrepublik der 1950er Jahre beschäftigten. Sie taten dies aus der Warte äußerst vielfältiger individueller politischer und wissenschaftlicher Positionen. Eine Abspaltung und Neugründung einer Partei links von der SPD kam als Option trotz aller Konflikte dennoch nur ganz vereinzelt in den Blick. Dies war gewiss auch eine Anerkennung der Tatsache, dass das äußerst stabile Parteiensystem der Bundesrepublik über große Trägheitskräfte verfügte. Dennoch zeigt ein vergleichender Blick nach Frankreich, dass die Suche nach einem »dritten Weg« zwischen traditioneller Sozialdemokratie und totalitärem Kommunismus sich auch unter den Bedingungen eines äußerst volatilen Parteiensystems, zumal im Gefolge des Übergangs von der IV. zur V. Republik, äußerst schwierig gestaltete. Die Gründung des »Parti socialiste unifié« (PSU) im Jahr 1960 erfolgte im Gefolge dieses Umbruchs, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Eskalation des Algerienkriegs durch die von der »Section française de l'Internationale ouvrière« (SFIO) getragene Regierung. Im Kontext der heterogenen intellektuellen Zirkel und Gruppierungen innerhalb des PSU erfolgte eine systematische Kritik traditioneller marxistischer Ideen über die historische Rolle der Arbeiterklasse und an der zentralistischen Tradition der französischen Linken. Dies waren Themen, die nachhaltigen Einfluss auf die Formierung der Neuen Linken im Frankreich der 1960er Jahre hatten und damit direkt und indirekt auch die Ereignisse des Jahres 1968 beeinflussten. Im PSU selbst wirkte die kontroverse Diskussion dieser Themen allerdings eher blockierend als motivierend. Eine Umsetzung auch nur einiger dieser Ideen in die politische Praxis schien in diesem Rahmen unmöglich, und so verließen viele Mitglieder Anfang der 1970er Jahre den PSU und traten in den neu gegründeten »Parti socialiste« (PS) ein.<sup>36</sup>

33 Vgl. *Bruno Groppo*, Die gelähmte Internationale. Zur Entwicklung der sozialistischen Parteien in Europa nach 1933, in: GG 17, 1991, S. 220–241, insb. S. 233–239.

34 Zur Streitkultur und Flügelbildung in der SPD der frühen 1970er Jahre vgl. die Hinweise in *Bernd Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 290–314 und 329–346. Die ebd., S. 312, zitierte Formulierung Willy Brandts aus dem Jahr 1974, die »Partei ist kein Debattierklub«, zeigt die auch zu diesem Zeitpunkt bestehenden Grenzen dieser Streitkultur an.

35 Vgl. den Beitrag von Philipp Kufferath in diesem Band.

36 Vgl. den Beitrag von Susanne Götze in diesem Band.

Die Suche nach einem »dritten Weg« sorgte in Frankreich also eher für eine weitere Fragmentierung der sozialdemokratischen Linken, als dass sie zu einer kohärenten Positionierung angesichts des gesellschaftlichen Umbruchs der 1960er Jahre beitrug. Eine wichtige, in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende identitätsstiftende Funktion als emotionaler und kognitiver Rahmen sozialdemokratischer Politik nach 1945 ging allerdings von Begriff und Praxis des Antifaschismus aus. In der 1946 geschaffenen italienischen Republik war und ist der Antifaschismus ein wichtiger, parteiübergreifender Gründungsmythos. Dennoch kam den Sozialisten in der Pflege der antifaschistischen Erinnerungskultur eine hervorgehobene Rolle zu, da sie sich bereits seit 1922 gegen die faschistische Bewegung Benito Mussolinis eingesetzt hatten. Antifaschismus war nicht nur ein sozialistischer Identitätsgenerator, sondern war auch ein Instrument der Rekrutierung, da manche später führenden sozialistischen Politiker erst über den Kampf gegen den Faschismus nach 1945 den Weg zur Sozialdemokratie fanden. Die Geschichte des sozialistischen Antifaschismus in Italien ist von einer eigentümlichen Spannung zwischen Nationalismus und Internationalismus geprägt. Das antifaschistische Ethos führender Mitglieder des »Partito Socialista Italiano« (PSI) realisierte sich auch in zahlreichen Kontakten zu Angehörigen der Schwesterparteien SFIO und SPD. Insofern kam es auf der einen Seite bereits in den 1950er Jahren zu einer Europäisierung des sozialdemokratischen Antifaschismus. Auf der anderen Seite kristallisierte sich bald der 25. April als der wichtigste Gedenktag des italienischen Antifaschismus heraus, an dem die Erinnerung an die Befreiung von Mailand, Turin und anderen wichtigen Großstädten von der deutschen Besatzungsherrschaft am 25. April 1945 im Zentrum stand. In dieser Akzentuierung war die antifaschistische Rhetorik des PSI Teil einer Erinnerungskultur, die sich ganz bewusst in den Dienst einer zweiten, nachholenden italienischen Nationalstaatsgründung stellte.<sup>37</sup>

In den Jahrzehnten seit 1945 standen alle sozialdemokratischen Parteien vor der Herausforderung, vor dem Hintergrund von tief greifenden sozialen und ökonomischen Transformationsprozessen ihre Politik zu überprüfen und zu revidieren. Diese Transformation lässt sich stichwortartig und stark vereinfachend als das Vordringen eines fordistischen Wachstumsmodells beschreiben, das erweiterte Handlungsspielräume für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen der Daseinsvorsorge schuf. Zugleich basierte diese Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf dem Aufbau korporatistischer Strukturen, die durch den Interessenabgleich von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften eine gesellschaftliche Befriedung als Voraussetzung für anhaltendes Wachstum schaffen sollten.<sup>38</sup> Im Zuge der Gründung und der sukzessiven Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seit 1957 stellte sich dabei für sozialdemokratische Parteien auch die Frage, ob und in welcher Form sich eine vertiefte Kooperation innerhalb der Parteienfamilie in der Gemeinschaft anbot.

Viele sozialdemokratische Parteien, vor allem die britische Labour Party und jene in den skandinavischen Ländern, waren in den 1950er Jahren ausgesprochen skeptisch gegenüber den Implikationen eines europäischen Wirtschaftsraums. In ihrer Perzeption war eine durch die Liberalisierung des Handels und eine exportorientierte Wachstumsstrategie gekennzeichnete europäische Ordnung geeignet, die in der jeweiligen nationalen Arena betriebene Diversifizierung des Wohlfahrtsstaats infrage zu stellen oder zu behindern. Dagegen gab es einen Kern sozialdemokratischer Parteien vor allem in den Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik, der den Aufbau der EWG von Beginn an unterstützte, wenn auch mitunter ebenfalls aus nationalen politischen und ökonomischen Motiven.

37 Vgl. den Beitrag von Jens Späth in diesem Band.

38 Vgl. dazu etwa den kritischen Überblick von *Geoff Eley*, *Corporatism and the Social Democratic Moment. The Postwar Settlement, 1945–1973*, in: *Dan Stone* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford/New York etc. 2012, S. 37–59.



Bereits zu einem frühen Zeitpunkt schien es für Beobachter in diesen Parteien jedoch im Gegensatz zur ersten Gruppe ausgemacht, dass das neue supranationale Politikfeld ein solches Eigengewicht entwickeln würde, welches eine engere Kooperation der Sozialdemokraten unabdingbar machte. Bis zum Ende der 1960er Jahre hatte sich eine solche Position weitgehend konkurrenzlos durchgesetzt. Die Dominanz des euroskeptischen Flügels der britischen Labour Party in den 1970er Jahren war nur eine vorübergehende Abweichung von diesem langfristigen Trend.<sup>39</sup>

Seit den 1980er Jahren agierten und agieren alle sozialdemokratischen Parteien in Europa vor dem Hintergrund eines tief greifenden politischen Strukturbruchs. Dieser hatte sich bereits mit der Ölkrise der 1970er Jahre und dem damit einhergehenden Ende des ›Goldenen Zeitalters‹ des fordistischen Kapitalismus abgezeichnet und vorbereitet. In den 1980er Jahren drangen dann auf breiter Front neoliberale Modelle vor, die nicht nur die weitgehende Selbststeuerung der Ökonomie propagierten, sondern einen Rückzug des Staats und die Eigenverantwortung der Individuen und Unternehmen auch in Bereichen wie der Gesundheits-, Sozial-, Bildungs-, Medien- und Kulturpolitik propagierten.<sup>40</sup> In Großbritannien und der Bundesrepublik kam hinzu, dass konservative Regierungen in den 1980er Jahren eine solche neoliberale Agenda, bei manchen Widersprüchen im Detail, nachdrücklich in die Praxis umsetzten.<sup>41</sup> Als dann die Umwälzung der Jahre 1989/90 zur Auflösung der UdSSR und der Ablösung kommunistischer Parteien in ihren Satellitenstaaten führte, verbreiterte sich die politische Basis für eine neoliberale Agenda im neu-vereinigten Deutschland nochmals. Das lag zum einen an den Schwierigkeiten, im Gefolge des demokratischen Umbruchs in der DDR eine sozialdemokratische Partei quasi aus dem Stand aufzubauen, ohne wie andere Parteien auf die etablierten Strukturen der ehemaligen Blockparteien zurückgreifen zu können. Zudem lag ein historisches Moment der Kontingenz darin, wie die Deutsche Vereinigung medial aufbereitet und inszeniert wurde. Dies geschah unter dem Vorzeichen der erfolgreichen Durchsetzung des Modells der sozialen Marktwirtschaft, für das die bürgerlichen Parteien alleinige Kompetenz reklamierten. Die wichtige historische Vorarbeit der SPD, die seit den 1960er Jahren maßgeblich an der Überwindung des Ost-West-Konflikts durch Entspannung mitgearbeitet hatte, durch konzeptionelle Überlegungen und informelle Kontakte der Parteispitze wie seit 1969 in der Regierungsverantwortung, wurde dadurch marginalisiert. Das war eine Überraschung, welche die SPD 1989 gewissermaßen auf dem falschen Fuß erwischte.<sup>42</sup>

Die Umwälzung von 1989/90 verstärkte somit eine Orientierungskrise der deutschen Sozialdemokratie, die ihre Wurzeln in den 1980er Jahren hatte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Endes der traditionellen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Dieses hatte sich in Deutschland wie in anderen westeuropäischen Ländern bereits seit Ende der 1960er Jahre in einer Entwicklung mit vielen Facetten angedeutet. Dazu zählten zunächst Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft durch das Vordringen des Dienstleistungssektors und der Frauenarbeit, die das traditionelle Familienernährer-

39 Vgl. den Beitrag von Kristian Steinnes in diesem Band.

40 Vgl. den breiten Überblick bei *Martin H. Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: AfS 51, 2011, S. 643–669.

41 Vgl. für die Bundesrepublik die abgewogene Bilanz bei *Andreas Wirsching*, Eine »Ära Kohl«? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: AfS 52, 2012, S. 667–684.

42 Vgl. den Beitrag von Bernd Faulenbach in diesem Band. An der historischen Signifikanz der SPD-Entspannungspolitik gibt es kaum einen Zweifel, selbst wenn man nicht so weit gehen möchte wie *Sassoon*, *One Hundred Years of Socialism*, S. 329, der darin die »vielleicht einzige bedeutende Leistung« der SPD als Regierungspartei sieht. Sassoon betont allerdings auch, wie stark die SPD damit einen außenpolitischen Konsens in der Bundesrepublik geprägt hat – dessen Urheber dann allerdings, so ist hinzuzufügen, vernachlässigt wurde.

modell unterminierten und sozialdemokratischen Parteien wie Gewerkschaften neue Problemformulierungen in der Beschreibung der durch die kapitalistische Industriegesellschaft hervorgebrachten Risiken abverlangten.<sup>43</sup> Hinzu kamen Veränderungen in den Parteien selbst. Mit Blick auf die SPD ist hier etwa das Einströmen einer großen Zahl neuer Mitglieder seit den frühen 1970er Jahren zu nennen, von denen viele den Mittelschichten entstammten, darunter zahlreiche Angehörige einer durch die Studentenrevolte politisierten jüngeren Generation. Diese vielfach akademisch gebildeten SPD-Neumitglieder brachten nicht nur divergierende sozialspezifische Erfahrungen und Erwartungen in die Partei, sondern auch »einen überspannten Jargon« (Willy Brandt), dessen Prägung durch soziologische und sozialpädagogische Begriffe unverkennbar war.<sup>44</sup>

Auseinandersetzungen um politische Sprache waren ein wichtiges Feld der Neupositionierung sozialdemokratischer Parteien seit den 1970er Jahren und als solche Bestandteil intensiver Kämpfe um die Diskurshegemonie in den medialisierten Gesellschaften des späten 20. Jahrhunderts. In der SPD arbeiteten parteinahe Sozialforscher und Demoskopiker bereits seit Mitte der 1960er Jahre daran mit, durch die Identifikation neuer Zielgruppen und Wählerschichten jenseits des traditionellen Arbeitermilieus die politische Rhetorik der Sozialdemokratie zu modernisieren.<sup>45</sup> In Großbritannien fand dieses Projekt der semantischen Modernisierung seinen sinnfälligen Ausdruck in der Wortschöpfung »New Labour«, die Tony Blair auf der Parteikonferenz des Jahres 1994 einführte und als Beleg dafür in Anspruch nahm, dass sich die Labour Party von altem ideologischem Ballast trennen und für Gruppen in der Mitte der britischen Gesellschaft öffnen würde. Ein zentrales Feld für diese bereits in den 1980er Jahren einsetzenden Konflikte um die diskursive Modernisierung der Labour Party war die Semantik von »class« und »working-class«. Das lag zum einen daran, dass der Klassenbegriff bis heute nicht nur in der politischen Rhetorik, sondern auch in der alltäglichen Sprache Großbritanniens eine weitaus höhere Wertigkeit und Frequenz als Medium der sozialen Selbstbeschreibung aufweist, als dies in der Bundesrepublik jemals der Fall gewesen ist.<sup>46</sup>

Zum anderen lag es daran, dass die Modernisierer in der Labour Party um Neil Kinnock und Tony Blair ihre Pläne selbst mit dem Hinweis auf Diagnosen über den Niedergang der traditionellen, gewerkschaftsgebundenen Arbeiterklasse begründeten, die seit den 1970er Jahren in verschiedener Form von Soziologen, Meinungsforschern und nicht zuletzt von Historikern wie Eric Hobsbawm vorgetragen wurden. Seit dem Beginn der semantischen Neuorientierung von New Labour gab es zudem auch den parteiinternen Vorwurf, dass damit ein gänzlicher Verzicht auf die rhetorische Bezugnahme auf die Arbeiterklasse verbunden sei, der einem Ausverkauf sozialistischer Prinzipien gleichkomme. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, dass statt eines kompletten Verzichts auf eine Berufung auf die Arbeiter mehr eine Akzentverschiebung stattfand, welche die »hart arbeitende« Majorität der Bevölkerung als das von der Labour Party vertretene Kollektivsubjekt identifizierte. Damit war eine weitere semantische Verschiebung von »socialism« zu »social

43 Vgl. in vergleichender Perspektive *Sassoon*, *One Hundred Years of Socialism*, S. 647–690.

44 Vgl. *Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 275–290, Zitat: S. 279; zu den Umbrüchen in der SPD als Ende der traditionellen Arbeiterbewegung um 1970 vgl. exemplarisch die Lokalstudie von *Dietmar Süß*, *Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976*, München 2003.

45 Vgl. *Anja Kruke*, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007, S. 227–311 und 344–362; zum weiteren Kontext vgl. *Martin H. Geyer*, *War over Words. The Search for a Public Language in West Germany*, in: *Willibald Steinmetz* (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford/New York etc. 2011, S. 293–330.

46 Vgl. als erste Einführung die allerdings in vielem problematische Darstellung von *David Cannadine*, *Class in Britain*, London 2000.



democracy« verbunden, welche New Labour nicht mehr in einer fundamentalen Opposition zum Kapitalismus positionierte, sondern vielmehr als Gegengewicht zu einem exzessiven Individualismus, der den Zusammenhalt der Gesellschaft untergrabe.<sup>47</sup>

Insgesamt ergibt sich, dass die institutionellen Formen und politischen Programme sozialdemokratischer Parteien ebenso dem historischen Wandel unterliegen wie die sozialen Gruppen, deren Ziele sie in der politischen Arena vertreten. Eine den Wandel übergreifende Eigenart der Sozialdemokratie ist dabei neben dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit vor allem ihre Verpflichtung auf und Propagierung von demokratischen Formen der politischen Willensbildung. Dieses Ziel der Demokratisierung ist heute ebenso aktuell wie am Ende des 19. Jahrhunderts, als sich die Bezeichnung »Sozialdemokratie« endgültig auch als Parteiname durchsetzte, um eine Unterscheidung von anderen ›Sozialismen‹ zu ermöglichen, die eine Besserung der sozialen Lage der Arbeiter versprachen. Die Politikwissenschaftlerin Sheri Berman hat dafür plädiert, in einem »Primat der Politik« eine wichtige Gemeinsamkeit sozialdemokratischer Parteien im 20. Jahrhundert zu sehen. In dieser Sicht ist die Entwicklung der Sozialdemokratie mit der offenkundigen Krise des liberalen Ordnungsmodells verbunden, die spätestens um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in aller Deutlichkeit sichtbar wurde. In dem Versuch einer Bändigung und Steuerung der kapitalistischen Ökonomie durch den Staat mit demokratischen Mitteln habe die SPD in gewisser Hinsicht das Erbe des Liberalismus angetreten, eine Sicht, die im Übrigen bereits Eduard Bernstein vertrat.<sup>48</sup> Wichtig scheint auch der Hinweis von Berman, dass politische Parteien als »Träger« von Ideologien fungieren und dass ihre politischen Strategien wiederum entscheidend durch ideologische Präferenzen geprägt werden.<sup>49</sup>

Dieser Punkt ist besonders für die Frage nach der möglichen Überwindung des Kapitalismus als Ziel sozialdemokratischer Parteien relevant. Hier gab es nicht nur gravierende Unterschiede in der programmatischen Festlegung zwischen verschiedenen Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteienfamilie sowie in diesen selbst wiederum zwischen Programmatik und politischer Alltagspraxis.<sup>50</sup> Es gab auch eine grundlegende Ambivalenz in der Einschätzung der Konsequenzen, welche das Ziel einer möglichen Überwindung des Kapitalismus oder einer Linderung seiner negativen Folgen für die arbeitenden Massen für die Politik der Sozialdemokratie hatte. An einem historischen Wendepunkt sowohl des globalen Kapitalismus als auch der deutschen Sozialdemokratie hat Fritz Tarnow, damals der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Holzarbeiterverbands und zugleich Reichstagsabgeordneter der SPD, sie in einer doppelbödigen und auch als solcher verstandenen Metapher zum Ausdruck gebracht. Tarnow sprach im Juni 1931 auf dem Parteitag der SPD in Leipzig, dem letzten, den die eigentliche Staatspartei der Weimarer Republik vor ihrer Zerschlagung durch die Nationalsozialisten abhalten sollte. Tarnow, der nur einige Monate später als Mitverfasser des von den Gewerkschaften des ADGB unterstützten WTB-Plans hervortrat, der ein Konjunkturprogramm zur Linderung der Arbeitslosigkeit und Überwindung der Wirtschaftskrise forderte, hielt in Leipzig das Eingangsreferat über »kapitalisti-

47 Vgl. den Beitrag von Florence Sutcliffe-Braithwaite in diesem Band.

48 Sheri E. Berman, *The Primacy of Politics. Social Democracy and the Making of Europe's Twentieth Century*, Cambridge/New York etc. 2006, insb. S. 207, zu Bernstein. Es erscheint hingegen für die Länder Westeuropas nicht angängig, das politische Modell der sozialen Demokratie mit dem Sozialliberalismus und der Sozialreform zu identifizieren, wie dies *Anselm Doering-Manteuffel*, »Soziale Demokratie« als transnationales Ordnungsmodell im 20. Jahrhundert, in: *Jost Dülffer/Wilfried Loth* (Hrsg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 313–333, tut. Das mag für die US-amerikanische Idee von »social democracy« zutreffen, verfehlt aber Begriff und Politik der Sozialdemokratie in Europa.

49 Berman, *The Primacy of Politics*, S. 11 und 204.

50 Vgl. den Beitrag von Stefan Berger in diesem Band.

sche Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse«.<sup>51</sup> In diesem Zusammenhang führte Tarnow aus:

»Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ja, was soll ich da sagen? – als Arzt, der heilen will?, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte? (Heiterkeit.) In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus. (Sehr gut!) Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des ganzen kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen. [...] Der Patient selbst barmt uns gar nicht so sehr, aber die Massen, die dahinter stehen.«<sup>52</sup>

Tarnow selbst war die ganze Ambivalenz dieser Metapher ganz offenkundig bereits bewusst, als er zu ihr griff. Sie wäre nur sehr oberflächlich verstanden, wenn man in ihr vornehmlich einen Angriff auf den Immobilismus der Parteiführung sähe, die sich auch im Kontext des WTB-Plans ablehnend gegenüber kurzfristigen Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft verhielt. Mehrere Redner in der Aussprache zu Tarnows Referat bezogen sich auf diese Metapher, indem sie etwa kurzerhand den »Kapitalismus für unheilbar« erklärten, wie der Reichstagsabgeordnete Hans Ziegler aus Breslau, der kurz danach wegen des Bruchs der Fraktionsdisziplin aus der SPD ausgeschlossen wurde und die links-sozialistische Splitterpartei SAPD mitbegründete. Kurt Heinig, Finanzexperte der Reichstagsfraktion, wies dagegen zu Recht darauf hin, dass der von Tarnow gewählte Vergleich in seiner organisatorischen Metaphorik verfehlt sei. Es sei schon »nichts Einfaches«, »wenn ein Mensch stirbt«, es sei aber nicht wirklich vorstellbar und in seinen Konsequenzen unübersehbar, ein ebenso komplexes wie »Millionen von Arbeitern und Angestellten« umfassendes »Wirtschaftssystem sterben zu lassen«.<sup>53</sup> Tarnows Metaphorik ist einerseits heute überholt, da die Sozialdemokratie sich nicht mehr als Erbin eines kapitalistischen Wirtschaftssystems versteht, das sie grundlegend überwinden will. Auf der anderen Seite bleibt sie insofern aktuell, als auch der wohlmeinende Arzt nur durch die Krankheit des Patienten dazu kommt, sein Können einzusetzen. Sich kritisch an Tarnow wendend, hatte auf dem Parteitag in Leipzig bereits Richard Kleineibst aus Löbau – auch er kurz darauf einer der Mitbegründer der SAPD – auf eine andere Implikation der Metapher vom »Arzt« des Kapitalismus aufmerksam gemacht. Denn Tarnow selbst hatte zugegeben, »kein Rezept zur Behebung der Wirtschaftskrise« an der Hand zu haben, sondern nur »Einzelforderungen« aufstellen zu können.<sup>54</sup> All jene, die von der Sozialdemokratie eine Perspektive zur Überwindung der sozialen, politischen und ökologischen Folgekosten und Probleme des Kapitalismus erwarteten und immer noch erwarten, gehen jedoch wohl davon aus, dass diese tatsächlich tragfähige und zur »Gesundung« beitragende Rezepte vorlegen kann.

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist in historischer Perspektive oft der »Tod der Partei« als einer »modernen Massenpartei« verkündet worden, in einer vielfach nostalgisch gestimmten Rückbesinnung auf die Zeit vor 1970, als das sozialistische Milieu einen quasi automatisch funktionierenden Rekrutierungs- und Erfahrungsraum für die Parteien der

51 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 32–52. *Berman*, *Primacy of Politics*, S. 110, interpretiert die Metapher vor allem als Angriff auf den Immobilismus der Parteispitze. *Heinrich August Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, 2. durchges. u. korr. Aufl., Bonn 1990, S. 324f., misst ihr keine große Bedeutung zu. Vgl. ebd., S. 494–506, zum WTB-Plan.

52 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, S. 45f.

53 Ebd., S. 67 und 74.

54 Ebd., S. 71.

Linken bereitgestellt hat.<sup>55</sup> Ein solcher Abgesang auf die Mobilisierungs- und Organisationsleistung sozialdemokratischer Massenparteien scheint allerdings verfrüht. Denn auch vor 1945, ja selbst vor 1914, bestand keineswegs ein automatischer Zusammenhang zwischen proletarischer Lebenslage und der Zugehörigkeit zu einer linken Partei. Und auch nach der Zäsur des Jahres 1989/90 haben es sozialdemokratische Parteien in Deutschland und Europa vermocht, ihre Mitglieder zu mobilisieren, Wahlkämpfe zu gewinnen und in der Regierungsverantwortung ihre Ziele umzusetzen. Allerdings zeigt der historische Rückblick auch, dass die politische Verortung der sozialdemokratischen Parteien aufseiten der Linken seit dem Ende der traditionellen Arbeiterbewegung und dem Zusammenbruch des Ostblocks problematisch geworden ist. Sozialdemokratische Parteien standen vor allem seit 1917 immer in einem spannungsvollen Verhältnis der Abgrenzung zu und Konkurrenz mit anderen sozialistischen und kommunistischen Parteien, die gleichwohl in einem politischen Feld erfolgte, das die meisten der daran beteiligten Akteure bei allen Konflikten und Differenzen als ›die Linke‹ identifizierten. Eine solche selbstverständliche Einordnung der Sozialdemokratie als einer dezidiert linken Partei scheint heute eher fragwürdig geworden zu sein. Das mag auch daran liegen, dass die Unterscheidung links/rechts als Leitdifferenz der Selbstverortung im politischen Feld fragwürdig und für viele Akteure problematisch geworden ist.<sup>56</sup> Es liegt darin aber wohl auch ein Moment der dezidierten Distanzierung von einer Vergangenheit, die heute eher zu einem sozialdemokratischen Erinnerungsort geronnen zu sein scheint.

---

55 Vgl. *Geoff Eley*, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford/New York etc. 2002, S. 501.

56 Vgl. die erhellende Analyse, die zugleich die Grenzen dieser Kritik aufzeigt, bei *Jan Fuhse*, *Links oder rechts oder ganz woanders? Zur Konstruktion der politischen Landschaft*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33, 2004, S. 209–226.